

## Dank vom Hause Österreich

VON GOTTFRIED-KARL KINDERMANN

Anmerkungen zur längst fälligen Würdigung von Engelbert Dollfuß.

Die Presse vom 25. Juli mit ihren Beiträgen von Dr. Walterskirchen und Hans Werner Scheidl verdient hohe Anerkennung für die längst fällige Würdigung der Rolle von Engelbert Dollfuß im Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus. Denn zwischen 1918 und 1933 betrachteten allzu viele Österreicher den Anschluss an Deutschland als einzige Lösung der Probleme ihres wirtschaftlich bitter verarmten und innerlich zerrissenen Landes. Die junge Republik hatte sich 1918 als Teil Deutschlands deklariert, doch ein entsprechender Anschlussvertrag zwischen Wien und Berlin war von den Alliierten verhindert worden. Konfrontiert mit der Monopolisierung der populären großdeutschen Idee durch die ab Jänner 1933 regierenden Nazis, gründete Dollfuß am 21. Mai 1933 mit der Vaterländischen Front die erste und einzige (!) große Organisation, die sich militant zur Verteidigung der österreichischen Eigenstaatlichkeit bekannte.

### Basis für Widerstand gegen Nazis

Als Initiator dieser Idee schuf Dollfuß die geistige Basis des 5-jährigen österreichischen Staatswiderstandes gegen den Nationalsozialismus. Es war die bedeutendste Wende in der politischen Geistesgeschichte der Ersten Republik. Hitler hatte das blitzschnell begriffen und begründete schon fünf Tage später, am 26. Mai 1933, vor dem Reichskabinett die Entfesselung des Kampfes gegen Österreich damit, dass die neue Österreich-Idee den großdeutschen Gedanken in Österreich sonst verdrängen und zu einer „Verschweigerung Österreichs“ führen werde.

Zugleich sagte Hitler, er werde Österreich noch 1933 in seine Gewalt bekommen. Das wiederum verstand Dollfuß sehr gut. Deshalb benutzte er die Selbstausschaltung des Parlaments, um ohne Parlament und Wahlen weiterzuregieren. Den Zustand zuvor beschrieb der sozialistische Publizist Otto Leichter als „einen abstoßend hässlichen und entwürdigenden Kleinkampf um jede einzelne Stimme... ein widerliches Spiel, das man ohnedies bedrohten Parlamentarismus noch weiter kompromittieren musste“. Als die Dollfuß-Regierung im Juni 1933 ein Totalverbot der NSDAP erließ, hatte Hitler die Chance verloren, in Österreich mit gleichen Methoden wie in Deutschland zur Macht zu gelangen.

### Niederlage für Hitler

Als Folge entfesselte er den sogenannten NS-„Generalangriff auf Österreich“. Dieser bestand aus landesweitem Bombenterror, einem pausenlosen Propagandakrieg und einem Wirtschaftskrieg mit deutschem Tourismusboykott. Den Höhepunkt dieses „Generalangriffs“ aber bildete der bewaffnete Aufstand der SS und SA in Wien sowie in mehreren Bundesländern. Bei diesem hatten die Nazis fest mit der Unterstützung durch Bevölkerung und Bundesheer gerechnet. Doch nirgends gab es eine „Volkerhebung“, und das Bundesheer, unterstützt von 50.000 Mann diverser Wehrverbände, blieb fahrentreu. Die Hitler-Regierung gestand sich intern ein: „eine glatte Niederlage für Reich und Partei“, für Hitler die einzige außenpolitische Niederlage vor 1943.

Österreich aber war bis 1938 Europas wichtigste deutschsprachige Stimme der Kritik am Nationalsozialismus. Noch im Monat vor seinem Tod brandmarkte Dollfuß den Nationalsozialismus als „Verbrechertum“ auf der Basis einer verbrecherischen Ideologie. Die Juden blieben in Österreich in den ersten fünf Jahren des Dritten Reiches frei und gesetzlich geschützt. Zum Dollfußmord kommentierte das Wiener „Jüdische Familienblatt“: „Der Kanzler hat uns zum Vaterland geformt. Dem neuen Österreich hat er mit seinem Leben und mit seinem Sterben den Helden geschenkt, in dessen Bild die Vaterlandsliebe ihr unauslöschliches Beispiel gefunden hat.“

Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Gottfried-Karl Kindermann ist Politikwissenschaftler. Von ihm stammt das Buch: „Österreich gegen Hitler - Europas erste Abwehrfront.“

meinung@diepresse.com

## Hochwasser im Keller...

GASTKOMMENTAR VON HEINZ FASSMANN



... - und wo bleibt die Raumordnung?

Das Hochwasser der vergangenen Monate hat die Raumordnung in Österreich erneut auf den Prüfstand gestellt. Nicht, dass diese das Hochwasser hätte verhindern können - aber die Höhe des Schadens wird ihr angekreidet. Sie hat, so wird kritisiert, zu viel an Bauland gewidmet, insbesondere auch dort, wo es gefährlich werden kann. Das Umweltbundesamt regt ein überörtliches Flussgebietsmanagement an, denn es sieht eine ungleiche Lastenverteilung, wenn die Gemeinden im Oberlauf auf Baulandwidmungen verzichten, um Rückhalteflächen zu schaffen, und die flussabwärts gelegenen Gemeinden davon profitieren. Verpflichtende Gefahrenzonenpläne werden gefordert.

Das Hochwasser kann, so zynisch es auch klingen mag, eine Chance sein, die Raumordnung und Raumplanung neu zu strukturieren. Beide Bereiche sind für moderne und arbeitsteilig strukturierte Gesellschaften unerlässlich. Vielmehr noch: Sie schaffen einen Ausgleich zwischen den kurzfristigen Interessen des Marktes und den langfristigen Bedürfnissen der Gesellschaft. Sie koordinieren die öffentlichen Ziele bei der Nutzung des Raumes mit den privaten Interessen. Und sie geben der Natur eine Stimme und entziehen bestimmte Flächen der gesellschaftlichen Nutzung.

### Autistische Gemeinden

Würde nur der Markt über Raumnutzung entscheiden, dann wären die Waldesränder verbaut, die Seezugänge eingezäunt, die Investitionsruinen zahlreich und die Konflikte erheblich. Ohne Raumordnung würde eben erst Versuch und Irrtum darüber entscheiden, ob das Bauen in hochwassergefährdeten Gebieten sinnvoll ist, oder ob die Nachbarschaft von Kindergärten und Vergnügungsvierteln verträglich ist.

So wichtig die Aufgabe der Raumordnung und Raumplanung auch ist, so unbefriedigend ist deren rechtliche Verankerung in Österreich. 1954 entschied der Verfassungsgerichtshof, dass sowohl der Bund als auch die Länder Raumordnung betreiben dürfen, aber immer nur auf den Gebieten, die nach der Kompetenzverteilung der Verfassung in ihre Zuständigkeit fallen. Wie soll aber das Land eine koordinative Gesamtplanung durchführen, wenn der Bund wesentliche Elemente davon selbstständig realisieren kann?

Die Gemeinden sind neben den Ländern die zweite wichtige Ebene der Raumordnung in Österreich. Sie sind für die örtliche Raumplanung zuständig. Ihre Instrumente sind dabei der Flächenwidmungsplan, der Bebauungsplan und ein örtliches Entwicklungskonzept, welches die kommunalen Entwicklungsperspektiven darzustellen hat. Die Gemeinden haben damit wichtige



Die Raumordnung trägt mit Schuld an den Hochwasserschäden.

[APA]

Instrumente in ihrer Hand - und sie übernehmen in großen Zügen die Flächenverantwortung für die Republik.

Die Gemeinden sind mit dieser Aufgabe - so die Meinung vieler - überfordert. Denn die meisten Gemeinden sehen nur das Wachstum, und sie sehen nur sich selbst. Wenn die eine Gemeinde ein Einkaufszentrum errichten möchte, dann werden die Nachbargemeinden nicht gefragt, obwohl diese die Konsequenzen durch mehr Verkehr und erhöhten Kaufkraftabfluss auch zu tragen haben. Die Gemeinden handeln oft autistisch, und es ist schwierig, sie zu einer stärkeren Kooperation zu zwingen. Dagegen spricht auch das vorhandene „Belohnungssystem“. Das Wachstum wird durch ein Mehr an Mitteln aus dem Finanzausgleich belohnt und auch der Bürgermeister erhält eine Aufwandsentschädigung, die an die Einwohnerzahl der Gemeinde gekoppelt ist.

Die autistischen Gemeinden leiten zu einem weiteren Problem über, nämlich zum Fehlen einer regionalen Planungsebene. Die Gemeinde als ein für sich abgeschlossener Lebens- und Arbeitsraum ist schon lange nicht mehr existent. In der einen Gemeinde ist der Wohnort, in einer anderen Gemeinde befindet sich der Arbeitsplatz, und wieder

um in einer anderen Gemeinde wird die Freizeit konsumiert oder die Güter des täglichen Bedarfs eingekauft. Die Menschen sorgen dafür, dass die Gemeinden mannigfaltig miteinander verschränkt sind. Besonders deutlich wird das in den Stadtreionen. Das Arbeiten in der Kernstadt, Wohnen am Stadtrand - oder auch umgekehrt - kennzeichnet die Realität von heute. Ein stadtregionales Denken und Handeln sieht der Gesetzgeber aber nicht vor. U-Bahnen reichen nicht über die Stadtgrenze hinaus, um die Attraktivität der Umlandgemeinden nicht zu erhöhen, und diese revanchieren sich, indem sie Wohnbevölkerung und Unternehmen an sich binden.

### Überfällige Reform

Eine Reform ist geradezu überfällig und scheint auch erkannt zu sein. Das Regierungsprogramm 2008-2013 („Gemeinsam für Österreich“) belegt diesen Optimismus. Angekündigt werden Verhandlungen mit den Ländern über eine Reform der Raumordnung, mit dem Ziel einer Rahmenkompetenz des Bundes. Ob diese jedoch erfolgreich sein werden, bleibt abzuwarten, denn die Länder fürchten erfahrungsgemäß um einen der letzten wichtigen Politikbereiche. Wie auch immer: Notwendig sind diese Reformgespräche auf alle Fälle.

Heinz Fassmann trägt zu diesem Thema beim Sommerdiskurs der Universität Wien in Strobl am Wolfgangsee vor, dessen Medienpartner „Die Presse“ ist.

www.univie.ac.at/sommerdiskurs

Univ.-Prof. Dr. Heinz Fassmann ist Dekan der Fakultät für Geowissenschaften der Universität Wien.

meinung@diepresse.com

## quergeschrieben

### Utopia Schule 5



VON RUDOLF TASCHNER

#### Das Kriterium der gelungenen Schule.

Schneller konnte gar nicht reagiert werden. Kaum hatten, wie „Die Presse“ am 24. Juli berichtete, Erich Foglar und Christoph Leitl unisono gefordert, die Regierung müsse durch rasche Reformen Ressourcen für die Qualitätsverbesserung der Schule einsetzen, vernahm man schon am 28. Juli die Nachricht, dass bereits enorme Summen Geldes dafür lanciert werden.

Befolgt hatte den Aufruf Foglars und Leitls Präsident Obama, der zu einem „Rennen an die Spitze“ im Schulsystem der USA aufrief. Erziehungsminister Duncan vergleicht Obamas Initiative mit jener Kennedys, einen Amerikaner auf den Mond zu schießen: Es habe sich ein Sturm zugunsten einer Reform zusammengebraut. Obama und seine Frau Michelle haben es erreicht, dass Bildung als „cool and hip“ gilt.

Der gleichzeitig gemeldete Vorstoß des BZÖ, wonach Lehrkräfte gratis Nachhilfe für Schüler geben sollen, die eine Wiederholungsprüfung erwartet, nimmt sich im

Vergleich dazu mickrig aus. Und er ist wohl auch unausgegoren: Nicht nur die Kinder, auch die Lehrer haben ein Recht darauf, die heißen Sommermonate weit weg vom Schulgebäude verbringen zu dürfen. Sollte der BZÖ-Vorschlag realisiert werden, wäre die Reaktion bei den Klassenkonferenzen vorhersehbar: entweder statt des drohenden Nicht genügens zur Entlastung beider Seiten ein verschämtes Genügend zu schenken, oder aber gleich mit einer Kanonade von mehreren Nicht genügend dafür zu sorgen, dass der Aufstieg in die nächste Klasse mit Sicherheit vereitelt wird. Beides wäre unehrlich. All jene Korrekten, die sich der Mühe einer Gratisnachhilfe unterzögen, müssten sich als Gelackmeierte fühlen.

Dennoch weist der Vorschlag des BZÖ auf einen entscheidenden Punkt, der so bewusst gar nicht anvisiert wurde: Es gibt abseits von TIMSS, PISA, PIRLS und wie all die anderen sündteuren und in ihrer statistischen Aussagekraft dubiosen Studien auch immer heißen, tatsächlich ein messbares Kriterium dafür, ob ein Schulsystem erfolgreich ist: Einerseits muss von

vornherein festgelegt sein, welche Qualifikationen von Zehnjährigen am Ende der Grundschule und von 16-Jährigen am Ende der Mittelschule in den einzelnen Fächern erwartet werden (standardisierte, von einer Zentrale sowohl ausgegebene als auch korrigierte Tests sind dafür ein probates Instrument). Andererseits muss der Unterricht so effektiv erfolgen können, dass Nachhilfen praktisch nicht mehr vorkommen (vielleicht noch, weil eine Krankheit ein langes Fernbleiben von der Schule erzwingt).

Ich weiß nicht, woran Präsident Obama in einigen Jahren messen wird, ob Amerikas Schulen beim internationalen „Rennen an die Spitze“ einen vorderen Platz einnehmen. Eine Reform des österreichischen Schulwesens sollte man jedenfalls dann und nur dann als gelungen bezeichnen, wenn nach ihrer Durchführung „Nachhilfe“ zu einem Fremdwort geworden ist.

Rudolf Taschner ist Mathematiker und Betreiber des math.space im Wiener Museumsquartier.

meinung@diepresse.com